

Memorandum ein 300 000 Mann starke Berufs-

heuer vorgeschlagen. Deutlicher noch als durch die Reaktion der Opposition wird Konrad Adenauers außenpolitische Bedrängnis jedoch durch die Unruhe im eigenen Lager. Nachdem ein so beflissener Kanzler-Knappe wie der DP-Bundeminister Hans-Joachim von Merkatz die Frage der diplomatischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufgeworfen hatte, mückte nun auch der liberale Blinddarm der CDU, die Freie Volkspartei, auf.

FVP-Vizekanzler Blücher forderte — in einer vertraulichen Denkschrift über die Beziehungen der freien Welt zu den „unterentwickelten Gebieten“ — verstärkte wirtschaftliche Kontakte mit östlichen Ländern, um einerseits den „Neutralen“ die größere Leistungsfähigkeit des Westens zu demonstrieren und andererseits soviel wirtschaftliche Sowjet-Kraft wie möglich zu binden. Merkatz-Vorschlag und Blücher-Memorandum sollen noch vor Zusammentritt des Bundestags-Plenums in einer Kabinetsitzung beraten werden.

Die ungewohnte Eile Konrad Adenauers, sich unbequemer Vorschläge anzunehmen, hat ihren guten Grund. Denn noch vor der ersten Parlamentsitzung wird sich auch der Ältestenrat des Bundestags mit einem ähnlich heiklen außenpolitischen Thema befassen: mit der Einladung des Obersten Sowjets an den Bundestag, eine Parlamentarier-Delegation nach Moskau zu entsenden.

Bevor darüber entschieden wird, möchte der Kanzler Zucht und Ordnung in den eigenen Reihen wiederhergestellt haben, um SPD und FDP, die für eine Annahme der Einladung plädieren, mit eindrucksvoller Mehrheit im Ältestenrat überstimmen zu können.

KAPITALMARKT

INDUSTRIE-ANLEIHEN

Die Achtprozenter

Seit einiger Zeit schon fühlte sich die westdeutsche Wirtschaft durch einzelne Geldsucher auf dem Kapitalmarkt beunruhigt, die sich bald heftige Kritik und gelegentlich sogar den Schimpftiteln „Raubritter des Kapitalmarktes“ zugezogen hatten. Die Beunruhigung erreichte einen neuen Höhepunkt, als in der vergangenen Woche der Generaldirektor der Süddeutschen Bank, Hermann J. Abs, sich anschickte, auf dem Kapitalmarkt mit einem kühnen Griff den bisher dicksten Brocken, nämlich 125 Millionen Mark, an sich zu bringen.

Bankier Abs ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzer der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, und für dieses altrenommierte Unternehmen sind die 125 Millionen Mark bestimmt, die durch eine Industrieanleihe aufgebracht werden sollen. Große Zeitungsannoncen luden Jedermann in der Bundesrepublik ein, die neuangelegte Anleihe der Badischen Anilin zu zeichnen. Mit dem Geld will die ehemalige Tochterfirma des IG-Farben-Konzerns die Automatisierung und Erweiterung ihrer Kunststoffproduktion finanzieren.

In wenigen Wochen hat damit das neunte westdeutsche Großunternehmen den Griff in den spärlich gefüllten Geldtopf der Bundesrepublik getan, jenen Griff, den am 21. Juli die Robert-Bosch GmbH, Stuttgart, vorerzert hatte, die damit

nach einer fast zweijährigen Paus. wieder eine deutsche Industrieanleihe auslegte.

Bosch hatte die Anleihe mit dem höchst attraktiven Jahreszins von acht Prozent ausgestattet — ein Sparkonto bringt bestenfalls jährlich vier Prozent Zinsen. Obdies war der Ausgabekurs der Anleihe auf 98 festgesetzt; für ein Papier mit tausend Mark Nennwert brauchte man also nur 980 Mark bar zu bezahlen. In den Annoncen der Firma Bosch fehlte auch nicht der Hinweis, der Ersterwerb des neuen Papiers könne als steuerbegünstigter Kapitalansammlungsvertrag im Sinne des Paragraphen 10 des Einkommensteuergesetzes gelten.

Das hochprozentige Papier wurde den Schalterbeamten der Banken in kürzester Frist abgenommen: Boschs Anleihe war in



Bankier und Aufsichtsratsvorsitzender Abs Griff nach 125 Millionen

wenigen Stunden ausverkauft, und die Banken meldeten am Schluß des Tages, daß Tausende von Interessenten hätten abgewiesen werden müssen.

Die daran erkennbar gewordene Obernachfrage reizte andere Firmen, die sich ebenfalls auf der Jagd nach größeren Summen befanden, in Abständen von nur wenigen Tagen Anleihen gleichen Typs herauszubringen:

- ▷ Klöckner legte eine Anleihe von 30 Millionen Mark auf,
- ▷ das Hüttenwerk Rheinhausen 25 Millionen,
- ▷ die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) 50 Millionen,
- ▷ die Chemischen Werke Hüls 40 Millionen,
- ▷ die Feldmühle-Papier AG 30 Millionen,
- ▷ Brown, Boveri und Co. 50 Millionen,
- ▷ die Hamburgischen Electricitäts-Werke 35 Millionen Mark.

Nachdem Bosch vorangegangen war, statteten alle Firmen ihre Anleihen mit den gleichen Vorzügen — acht Prozent Zinsen — aus.

Die Papiere wurden sämtlich schnell abgesetzt. Da ähnliche Industrieanleihen im Ausland gegenwärtig nur Renditen zwischen vier und sechs Prozent abwerfen, stieg bald auch die internationale „Kulisse“ ein. Einzeln der neuen Anleihen wurden zehn- und zwanzigfach überzeichnet. Das Papier von Brown, Boveri und Co. beispielsweise konnte schließlich nur rationiert, mit einer Zuteilungsquote von 25 Prozent, an die Kaufinteressenten abgegeben werden.

Westdeutschlands Industrieunternehmen schlossen sich dem geglühten Vorstoß der Firma Bosch schleunigst an, nicht zuletzt, weil ihnen — wie der gesamten Wirtschaft — durch die scharfe Diskonterhöhung der Bank deutscher Länder im Monat Mai und durch die damit verbundenen Kreditrestriktionen die Geldkassette erheblich höher gehängt worden war (SPIEGEL, 29/1956).

Zuviel Geld für Fernsehruhen

Vor allem die sogenannten Schuldscheindarlehen, mit deren Hilfe die Industrie jahrelang den Wiederaufbau und die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen finanziert hatte, waren nach den konjunkturendenden Maßnahmen der Bank deutscher Länder nicht mehr so leicht und so zinsgünstig zu bekommen wie noch zu Beginn des Jahres 1956.

Für solche schriftlichen Schuldverpflichtungen der Industrie hatten vornehmlich die Lebensversicherungs-Gesellschaften und die Sozialversicherung Darlehen über Millionenbeträge vergeben.

Finanzmakler, wie etwa der Münchner Vermittler Münemann, hatten derartige Schuldscheindarlehen noch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zum Zinssatz von sieben Prozent angeboten. Nachdem mit der Diskonterhöhung das Gesamtzinsniveau angehoben wurde, stiegen die Zinssätze für Schuldscheindarlehen auf bis zu neun Prozent, was bei den Millionen-summen eine Kreditverteuerung von mehreren hunderttausend Mark bedeutete. Überdies empfahl die Bundesaufsichtsbehörde den Versicherungsgesellschaften bald, sich aus Gründen der Liquidität mit der Hingabe von Schuldscheindarlehen zurückzuhalten.

Inmitten dieser Gelddürre schlen das achtprozentige Papier ein Zauberstab, der selbst aus dem ausgedörrten Boden des Kapitalmarktes noch neue Quellen sprießen ließ. Zu acht Prozent Zinsen schien für honorige Firmen plötzlich jede gewünschte Menge Kapital erhältlich zu sein, zumal die Schuldzinsen den steuerpflichtigen Gewinn der Firmen nicht belasten. In Bonn häuften sich die Anträge auf Bewilligung neuer Anleihen, mit deren Hilfe begonnene oder geplante Investitionen weitergeführt werden konnten, die von den Restriktionen der Bank deutscher Länder bedroht waren.

Das Geld zum Kauf der Acht-Prozent-Papiere mußte irgendwoher kommen. Da nun aber in der Bundesrepublik von den verdienten Einkommen ein großer Teil für Kühlschränke, Fernsehruhen und für sonstigen Konsum ausgegeben wird und nicht auf die Sparkonten wandert, hat sich in der relativ kurzen Zeit seit der Währungsreform doch nicht so viel Kapital gebildet.

Diskont ist der Zinssatz, den die Landeszentralbanken für die Laufzeit der bei ihnen eingereichten Handelswechsel berechnen. In hohem Zinssatz orientieren sich alle anderen Zinssätze für Kredite im westdeutschen Geld- und Kapitalverkehr. Wird der Diskont erhöht, dann werden Kredite knapper und teurer, wird der Diskont gesenkt, fließen die Kreditquellen wieder reichlicher und billiger.

BEST AVAILABLE COPY

Bundeswehr auszustaffieren, so fürmlich sind die Amerikaner inzwischen geworden: Sie bieten ihre Waffen nicht mehr als Geschenk an, sondern wollen sie auf streng geschäftlicher Basis verkaufen.

Zu den ziemlich kostspieligen Sicherungen, die Washington von Bonn verlangt, gehören die Bedingungen:

- ▷ Bezahlung in Dollar oder Gold.
- ▷ Akontozahlung der Bundesregierung in Höhe von mindestens 15 Prozent des Kaufpreises bei Abschluß der Lieferkontrakte.
- ▷ Zusätzliche Bürgschaft der Bank deutscher Länder in Höhe von 25 Prozent des Preises aller vertraglich bestellten Waffen und Geräte.

In der unmittelbare Waffenkauf auf dem amerikanischen Markt für ausländische Interessenten verboten ist, fungiert die amerikanische Regierung jeweils als Zwischenkontrahent zwischen dem amerikanischen Produzenten und dem nicht-amerikanischen Kunden.

Die Bonner Rüstungspolitiker haben denn auch durchaus Verständnis dafür, daß sich die Regierung in Washington vor Regressansprüchen der amerikanischen Lieferfirmen schützen muß, falls Waffen und Gerät, die bei den privaten Lieferanten bestellt wurden, später nicht abgenommen werden sollten. Daß die Amerikaner bei ihrem Waffenkontrakt mit der Bundesrepublik aber gleich doppelte Sicherheit wünschen — 15 Prozent in bar von der Bundesregierung und 25 Prozent als Bürgschaft der Bank deutscher Länder —, hat selbst in Bonn Befremden verursacht.

Doch auch die Bonner Rüstungsfunktionäre sind diesmal mit ungewohnter Zurückhaltung ans Vertrags-Werk gegangen. Die zweite Liefer-Rate amerikanischer Waffen sollte ursprünglich ein Gesamtvolumen von rund sechs Milliarden Mark haben. Nach dem neuen Waffen-Vertrag dagegen sollen nur noch Waffen im Gesamtwert von noch nicht einmal drei Milliarden Mark gekauft werden.

Nach langem Drängen setzten die westdeutschen Unterhändler gegen den anfänglichen Widerstand der Amerikaner sogar ein Rücktrittsrecht von vereinbarten Aufträgen durch.

Die wesentliche Neuerung auf dem westdeutschen Rüstungskalender ist jedoch jener Passus des Waffenvertrages zwischen Washington und Bonn, der die letzten Lieferungen amerikanischer Rüstungsgüter an die westdeutsche Bundeswehr bis zum Jahr 1960 hinausschiebt. Denn nach den Rüstungsplänen, die in Bonn bisher mit soviel Lautstärke verkündet und begründet wurden, sollte die Bundeswehr bereits im Jahre 1957 — Sondertruppen bis 1959 — perfekt bewaffnet und ausgerüstet sein.

FERIEN-ENDE

Die letzte Runde

Auf der schwarz-goldenen Riesentafel in der Eingangshalle des Bundeshauses, an der alle Sitzungstermine des Bundestags und des Bundesrats ausgehängt werden, leuchtete in der vergangenen Woche zum ersten Male seit zwei Monaten wieder eine Ankündigung: Der Ausschuß der Sozialpolitiker, denen schon der verstorbene Parlaments-Präsident und Oberkirchenrat Hermann Ehlers prophezeit hatte, sie würden sich frühestens am Abend des jüngsten Tages einigen, konnte das Ende der Sommerpause nicht abwarten. Drei Wochen bevor das Plenum des Deutschen Bundestages am 27. September wieder zusammentritt, begannen die nimmermüden Sozialpolitiker bereits mit ersten Schar-

mütz über die Neuordnung der Altersversicherung.

Mit dem Erscheinen der sozialpolitischen Frühauftöcher hat Bonns sommerlicher Ferienschlaf offiziell sein Ende gefunden. Noch schlaftrunken, aber unternehmungslustig rückt sich die erwachende Bundesprominenz in den Betten ihrer Macht. Der FDP-Bundesvorstand tagte in der vorletzten, CDU- und SPD-Fraktionen beraten in dieser Woche, um die neuen Marschrouten festzulegen. Die Kartengröße von Bonner Politikern aus Sanatorien und Entschlackungs-Bädern werden spärlicher, die Auffahrt schwarzer Limousinen vor dem Bundeshaus ist wieder imposanter. Frisch leuchtend kehrte die



CSU-Wehrpolitiker Jaeger.
Nach dem Urlaub ein Streik.

schwarzrotgoldene Flagge, die bei Anwesenheit des Hausherrn über dem Palais Schaumburg aufgezogen wird, aus der Reinigung ins Bundeskanzleramt zurück.

Die Politiker, an ihrer Spitze der von Bühlerhöhe ins Rheintal heimgekehrte Bundeskanzler Konrad Adenauer, sehen sich einer durch Ko-Existenz, Umrüstung und Aufrüstung innen- und außenpolitisch veränderten Welt gegenüber. Die Politik, die keine Ferien gemacht hatte, ist den rastenden deutschen Politikern davon-gelaufen. Nun gilt es festzustellen, ob Opposition oder Koalition die Entwicklung zuerst einholen werden.

Die bundesdeutschen Meinungsforscher haben zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik festgestellt, daß CDU und SPD mit fast 40 Prozent gleich hoch in der Gunst der Wähler stehen.

Dieses Kopf-an-Kopf-Rennen um die Macht wird in den letzten zwölf Monaten der zweiten Legislaturperiode, aller sachliche Arbeit überschattet. Mit einem Übergang von 250 nicht verabschiedete Gesetzesvorlagen ist der Bundestag im Juli in Ferien gegangen. Selbst im Marathon-

Debatte kann Westdeutschlands Parlament diesen Stau nicht mehr aufarbeiten, da die Wahlstrategen aller Parteien neue, direkt auf den Wahlnunerschitz zielende Novelletten fordern und einbringen wollen. 1953 verschwanden mit dem ersten Bundestag 88 unerledigte Gesetzentwürfe im Schuß der Geschichte, 1957 werden es durch den zeitigen Beginn des Wahlkampfes fast doppelt so viele Vorlagen sein.

Unter den wirtschaftlichen Vorlagen, die auf jeden Fall verabschiedet werden sollen, findet sich außer der Rentenversicherungs-Reform, die Arbeitsminister Anton Storch am letzten Donnerstag für Dezember versprach, das Gesetz über die schon für den 1. Oktober vorgesehenen Steuererleichterungen.

Jedes dieser Gesetze zielt auf eine bestimmte Wählerschaft und wird von propagandistischen Reden und Gegenreden zu den Parlamentsfenstern hinaus begleitet sein. Der bevorstehende Wahlkampf überschattet auch die Beratung der noch ausstehenden Wehrgesetze und wird selbst die alten starren Fronten zwischen Regierung und Opposition zumindest stellenweise aufweichen.

Mucken im Blinddarm der CDU

Es geht dabei vornehmlich um die Dauer der Wehrpflicht und die Spitzengliederung der Bundeswehr. Die Meinungen zu beiden Fragen gehen selbst in der allmächtigen CDU weit auseinander. Der CSU-Vorsitzende des Sicherheitsausschusses und Bundestags-Vizepräsident Richard Jaeger, der sich immer mehr in den Vordergrund spielt, plädiert für einen Chef des Stabes, der im Range eines Staatssekretärs an der Spitze der Bundeswehr stehen und für die gesamten Streitkräfte weisungsberechtigt sein soll, um eine einheitliche Führung „sowohl nach der operativen als auch nach der inneren Seite“ zu verbürgen.

Unterstützt von der oppositionellen FDP, sieht Richard Jaeger sich in diesem Punkt der Gegnerschaft namhafter Christdemokraten — wie des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier — gegenüber, die zusammen mit der SPD Bedenken gegen ein allzu starkes militärisches Oberkommando hegen.

Im Streit um die Dauer der Wehrpflicht verlaufen die Fronten anders: Wehr- und Waffendemokrat Jaeger möchte hier — diesmal moralisch unterstützt von der Sozialdemokratie — die Dienstzeit für einige Waffengattungen auf zwölf Monate drücken, während der Regierungsvorschlag allgemein achtzehn Monate vorsieht.

Entscheidender als diese technischen Einzelheiten ist jedoch, daß die Wehrdebatten nach Ansicht des Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Walter Menzel, der Opposition Gelegenheit geben werden, „automatisch die Umrüstung zur Sprache zu bringen“. Und damit wird der neualgische Punkt der Regierungspolitik unmittelbar berührt: die Außenpolitik.

Unter ausdrücklichem Hinweis auf die weltweiten Entspannungstendenzen und die dadurch überholte Rüstungsrezepte der Bundesregierung soll die Wahlkampagne der SPD in stündig anschwellender Lautstärke den deutschen Wählern für den Fall eines SPD-Sieges bei den Bundestagswahlen die Abschaffung der Wehrpflicht versprechen. Das ist nach internen Kämpfen im SPD-Hauptquartier in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee nun endgültig beschlossen worden.

Angesichts der nicht zu überschenden Abneigung der deutschen Öffentlichkeit gegen die Bundeswehr versprechen sich die Sozialdemokraten von solcher Propaganda Wunderwirkungen. SPD-Militärexperte Oberstleutnant a. D. Dietrich Beermann hat an Stelle des wehrpflichtigen in einem parteiinternen Me-